

Mitteilung für die Presse:

KEINE KAMPFDROHNEN FÜR DIE BUNDESWEHR

Die Paderborner Initiative gegen den Krieg verfolgt mit großer Sorge und mit deutlichem Widerspruch die Bestrebungen des Bundesverteidigungsministeriums, die Entscheidungen für die Bewaffnung deutscher Drohnen bis Juni 2020 herbeizuführen.

Für die Mitglieder der Paderborner Initiative ist diese Aufrüstungsfrage ein wichtiges Thema. Die Vergangenheit hat gelehrt, dass der Besitz von bewaffneten Drohnen die Schwelle zur Kriegsführung senkt. Drohneneinsätze bewirken eine hohe Anzahl ziviler Opfer, und sie sind eine entscheidende Ursache für Flucht und Radikalisierung in den betroffenen Regionen. Der Einsatz bewaffneter Drohnen missachtet auf gefährliche Weise das internationale Völkerrecht und die Menschenrechte. Die Initiative weist darauf hin, dass das Grundgesetz gezielte Tötungsaktionen verbietet.

Die Mitglieder der Initiative sprechen sich uneingeschränkt gegen die Aufrüstung deutscher Drohnen aus. Sie sind der Auffassung, dass Freiheit und Sicherheit nicht durch militärische Stärke garantiert werden können. Auch die Meinung, bewaffnete Drohnen schützen die deutschen Soldaten, halten sie für falsch. Einsätze bewaffneter Drohnen, z.B. in Pakistan, Afghanistan und im Irak belegen auf schreckliche Weise, dass sie eine Gewaltspirale in Gang setzen und weitere tödliche Eskalationen auslösen.

Im Koalitionsvertrag von 2018 wurde zwischen den Regierungsparteien vereinbart, dass der Bundestag über die Bewaffnung von Drohnen erst „nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung“ entscheiden darf, und zwar im Rahmen einer breiten gesellschaftlichen Debatte.

Die Corona Krise schränkt das gesellschaftliche Leben radikal ein. Die notwendige breite gesellschaftliche Debatte über die Bewaffnung deutscher Drohnen kann aktuell nicht geführt werden.

Auch wenn sich die Initiative eindeutig gegen eine Drohnenbewaffnung ausspricht, hält sie gleichwohl eine breite gesellschaftliche Diskussion über diese Aufrüstungsentscheidung für unverzichtbar. Sie schließt sich deshalb der Initiative der Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) an, die in einem Schreiben an die Mitglieder des Verteidigungs- und Haushaltsausschusses, des Auswärtigen Ausschusses und des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung im Bundestag fordert, die Beschaffung zu stornieren und nach Beendigung der Corona Krise die gesellschaftliche Debatte zu führen.